



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2014

Wahlprogramm am 16. November einstimmig beschlossen



Beim Parteitag am Sonntag, 16.11. im Bürgerhaus Wilhelmsburg: In der Halbzeit wurde mittags der Streikfilm von Neupack gezeigt, Murat Günes dankte der Partei für ihre Solidarität (Foto: Kai Keßler)

Mehr zum Parteitag ab Seite 4.

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Freitag, 05.12.2014

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Einladung zur BMV	S. 3
Zum Parteitag am 30.10./1.11.	S. 4
Solidarität mit Kobane	S. 5
GdL Streikrecht/ TTIP	S. 7
Aufruf Friedenswinter	S. 8
BO Billstedt/BO HaHoBo	S. 9
Beirat St. Georg/Beteiligungsforum	S. 10
Eine-Welt-Fest	S. 11
Termine/Kontakt	S. 12

Informationen aus dem Vorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir befinden uns immer weiter mittendrin in einer Phase großer Möglichkeiten für unsere Partei, unsere gesellschaftliche Wirksamkeit massiv auszubauen. Der Wahlkampf zur Bürgerschaft hat längst begonnen und DIE LINKE bleibt in Hamburg auf Oppositionskurs. Man kann mit Fug und Recht behaupten: Wir sind die Alternative zur modernden neoliberalen Soße der anderen Parteien und wollen den Laden ganz erheblich umbauen. Das Schaffen einer solidarischen Kultur ist dabei gleichermaßen das Ziel als auch unser Kampfmittel.

Nach der jüngsten Umfrage für Hamburg liegt die **AfD bei 4 Prozent** (die FDP konsolidiert ihr Ergebnis bei 2%). Diese Ergebnisse machen deutlich: Das Ziel, den Einzug der AfD in die Bürgerschaft zu verhindern, ist überaus realistisch und unbedingt anzustreben. Die antifaschistische Konferenz vom Samstag hat dazu einige Anregungen hervorgebracht. So gilt es unverhohlen darüber aufzuklären, dass die AfD ein Programm vertritt, nach dem das private **Funktionieren auf einem noch weiter entfesselten Markt** ordnungspolitisch zugespitzt werden soll (z.B. mit Benimmkursen in Schulen) - und sie damit unmittelbar den Interessen der Wirtschaftsmächtigen dient sowie personelle und inhaltliche Anleihen bei braunen Kräften hat. Dabei werden auch einige verbreitete **Mythen** sehr grundsätzlich zu erhellen sein, welche Ausbeutung und Konkurrenz zur ewigen Natur erklären, denn

darauf satteln die Demagogen der AfD auf. Und wir sollten umso deutlicher machen: **Wir sind die eigentliche Alternative! Eine solidarische, friedliche und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist möglich und nötig!** Der Vorstand schlägt der BMV am 27.11. vor, einen Wahlkampfschwerpunkt in diesem Sinne für den Bezirk in Angriff zu nehmen. Dafür wollen wir auch **das bezirkliche Wahlaktiv beleben**.

Die letzte BMV hat sehr produktiv vor dem Hintergrund der stattgehabten Krawallen in St. Georg zwischen fortschrittlichen Kräften, die gegen den IS-Terror demonstrierten und einem gewalttätigen reaktionären Mob diskutiert und unseren **Kampf für eine friedliche Gesellschaft als weiteren Wahlkampfschwerpunkt** bekräftigt. Die Erklärung, die wir dort auf Grundlage der Diskussion verfasst haben, ist inzwischen vom Landesparteitag mit einem weiteren Antrag fusioniert gefasst worden. Ihr findet dieses Dokument hier im Mitteilungsblatt auf der Seite 5.

Es gibt also gute Gründe, Bedingungen und Vorarbeit für einen solidarischen, aufrüttelnden und **asoziiierenden Wahlkampf** (...in diesem Sinne hat der Parteitag auch die „Postabel“ aus Mitte in das Bürgerschafts-Wahlprogramm aufgenommen). Legen wir los!

Alexander Benthin

Bürgerschaftswahl 2015: Christiane Schneider und Mehmet Yildiz kandidieren erneut

Unsere Abgeordneten **Christiane Schneider** und **Mehmet Yildiz** werden erneut zur Bürgerschaftswahl für DIE LINKE Hamburg antreten. Das hat am Sonnabend, 18.10., die Mitgliederversammlung der LINKEN in Hamburg-Mitte im Bürgerhaus Wilhelmsburg entschieden. Sie setzte Christiane Schneider im Wahlkreis 1 und Mehmet Yildiz im Wahlkreis 2 auf die Spitzenplätze der Wahlkreislisten.

Die Verlegerin und gebürtige Hamburgerin Christiane Schneider (WK1) sitzt bereits seit 2008 in der Bürgerschaft. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Geschäftsführerin und Fachsprecherin für Innen- und Rechtspolitik sowie Flüchtlinge.

Der siebenunddreißigjährige Elektroinstallateur Mehmet Yildiz, wurde als jüngstes von sechs Kin-

dern einer türkisch-kurdischen Arbeiterfamilie geboren und kam mit dreizehn Jahren nach Deutschland. Er ist ebenfalls seit 2008 Mitglied der Bürgerschaft und zuständig für Kinder-/Jugend- und Familienpolitik, Migration und Sport.

Im Wahlkreis 1 kandidieren außerdem: Roman Denter (2), Cemgil Öner (3), Ronald Kelm (4), Martin Dolzer (5), Martin Wittmaack (6), Bela Rogalla (7) und Tim Eckbrett (8)

Im Wahlkreis 2 kandidieren außerdem: Jawaneh Golesorkh (2), Manfred Schubert (3), Wolfgang Strauß (4), Maureen Schwalke (5) und Martin Mehmet (6).

(Presstext)

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Donnerstag, den 27. November 2014, von 18:30 bis 21:30 Uhr

Im Sitzungsraum der Bürgerschaftsfraktion, Buceriusstraße 2

„Marktmechanismen sind mit einer humanistischen Pflege und Gesundheitsversorgung nicht vereinbar. Durch die Privatisierung und Kommerzialisierung werden die Beschäftigten krank und die Patientinnen und Patienten nicht gesünder. [...] Damit der Mensch gesund werden kann, muss er als soziales Wesen mit Interessen und Bedürfnissen ernst genommen und auf gleicher Augenhöhe angesprochen werden. [...]

Daher kämpft DIE LINKE für:

- Die Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Hamburg“

Aus dem am Sonntag, den 16.11. beschlossenen Bürgerschaftswahlprogramm unserer Partei

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

hiermit möchte ich euch im Namen des Bezirksvorstandes herzlich zur Bezirksmitgliederversammlung am Donnerstag, den 27.11.2014 einladen.

Da leider kein Termin im November mit Dora Heyenn möglich war haben wir beschlossen, das für Dezember vorgesehene Thema vorzuziehen und voraussichtlich am Donnerstag, den 18.12. unmittelbar nach den Haushaltsberatungen die BMV „Stadtteilkultur vs. Schuldenbremse“ auswertend und perspektivbildend mit Bernhard Stietz-Leipnitz und Dora Heyenn zu begehen.

Dieses Mal wollen wir uns also mit Anne Urschl der Rekommunalisierung der Krankenhäuser widmen, was -auch- ein haushaltspolitisch relevantes Thema und notwendiges Kontra zur Schuldenbremse ist. Anne arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Gesundheit und Pflege bei der Bürgerschaftsfraktion. Mit ihr wollen wir erörtern, warum gerade der Gesundheitsbereich in öffentliche Hand gehört und wie wir hier als Partei erweitert den Hebel ansetzen müssen, dem Neoliberalen sein praktisches Ende zu bereiten und eine solidarische Kultur zu verwirklichen.

Als zweiten Block wollen wir uns dem Finanzplan 2014/2015 und der Wahl einer Finanzrevisionskommission widmen. Dazu haben sich Christine Wolfram und Tim Golke bereit erklärt.

Tagesordnungsvorschlag:

- | | |
|---|------------------|
| • Begrüßung und Konstituierung | 18:30 Uhr |
| • Der Kampf für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser | 18:45 Uhr |
| - Kurzreferat von Anne Urschl | |
| - Diskussion | |
| - ggf. Beschlüsse | |
| • Pause | 20:15 Uhr |
| • Finanzen | 20:30 Uhr |
| - Vorstellung und Beschlussfassung Finanzplan 2014/15 | |
| - Wahl einer Finanzrevisionskommission | |
| • Verschiedenes | 21:15 Uhr |
| • Ende der Bezirksmitgliederversammlung (BMV) | 21:30 Uhr |

Mit solidarischen Grüßen,



(Alexander Benthin, i.A. des Bezirksvorstandes)

Betrachtungen zum Landesparteitag der LINKEN 31.10 – 02.11.2014

Als Katja Kipping den Samstag mit einer betont salomonischen Rede einleitete, der es wahrlich an Substanz fehlte, lag die erste zweifelhafte Entscheidung schon einige Stunden hinter den Delegierten. Die Wahl zum Landessprecher hat schon einen faden Beigeschmack, da die Regularien einfach mal außer Kraft gesetzt wurden und die 50% Hürde nach unten korrigiert wurde. Der Gewählte muss sich fragen lassen, ob ein Verzicht nicht eher im Sinne der Partei gewesen wäre.

Die Präambel-Diskussion stellt dieses jedoch weit in den Schatten: Im ersten Teil dieses Parteitages legten sich die Abgeordneten mit großer Mehrheit auf eine Oppositionsrolle in der Bürgerschaft fest. Der Landesvorstand wurde daraufhin mit dem Entwurf einer entsprechenden Präambel beauftragt. Das Ergebnis spiegelte in vollem Umfang den Willen der Delegierten wieder und gab der Partei ein linkes Profil. Die Landessprecherin, die eigentlich den Willen der Basis nach außen repräsentieren sollte, brachte einen schwammigen Gegenentwurf ein. Über ihre Motive darf man spekulieren. Es dürfte wohl mit einem Besuch bei der Parteispitze in Berlin zusammenhängen...

Nichts zeigt wohl besser die Zerrissenheit und den desolaten Zustand der LINKEN, als die Absegnung dieses zahnlosen Gegenentwurfs. Dabei müsste doch der gesunde linke Menschenverstand ausreichen, um sich klar zu machen, dass das Streben nach einem System mit menschlichem Antlitz (Sozialismus) eine Oppositionsrolle voraussetzt. Für eine Verschlimmbesserung des Kapitalismus sollte sich DIE LINKE nicht hergeben!

Da überraschen die Grabenkämpfe des Wahlsonntags nur noch wenig und lassen erahnen, wie es hinter den Kulissen der Bürgerschaftsfraktion brodelte. Diese Wahlveranstaltung wurde durchzogen von übelstem Mobbing und Abstrafung jedes revolutionären Gedankens. Da wird die Genossin Dora Heyenn für den Versuch abgestraft, verbindende Brücken zu bauen, da sichern sich Genossen mit einem Spitzenplatz auf der Landesliste und einer Direktkandidatur im Wahlkreis doppelt ab, da erklärt der Genosse Norbert Hackbusch, dass ihm nicht wohl bei seiner Kandidatur sei, da er dem Generationswechsel ja durchaus Positives abgewinnen kann - Leider ohne jede notwendige persönliche Konsequenz...

Da man es sich im Bashing (öffentliche Beschimpfung) schon einmal gemütlich gemacht hat, straft man auch gleich noch GenossInnen auf den hinteren Listenplätzen ab, auf denen es nicht einmal GegenkandidatInnen gab... Die viel beschworene Solidarität untereinander waren nur Lippenbekenntnisse.

Es ist schon äußerst bedenklich, wenn man sich in der LINKEN links positionieren muss, um die Statuten der Partei mit Leben zu füllen und um einer Anbiederung an das bürgerliche Lager entgegenzuwirken.

Fazit:

So waren die Höhepunkte dieses Parteitages wohl Katja Kippings Bekenntnis zum Pazifismus und die vorgetragenen Kurt Tucholsky- Zitate der LISTE LINKS.

Frank Rinnert und Ronald Wilken

Unsere am 2.11. gewählten KandidatInnen für die Landesliste:

- 1) **Dora Heyenn**
- 2) **Norbert Hackbusch**
- 3) Sabine Boeddinghaus
- 4) **Mehmet Yildiz**
- 5) **Heike Sudmann**
- 6) Stephan Jersch
- 7) **Cansu Özdemir**
- 8) Martin Dolzer
- 9) Zaklin Nastic
- 10) Constantin Braun
- 11) **Christiane Schneider**
- 12) Deniz Celik

- 13) Inge Hannemann
- 14) Manuela Pagels
- 15) Karin Haas
- 16) Laura Struss
- 17) Carola Ensslen

(fett gedruckt: Mitglieder der jetzigen Fraktion)

Ich persönlich finde es schade, dass die Liste nicht mehr Namen umfasst (siehe auch oben), wir hätten schon noch ein paar Menschen mehr zu bieten, die unsere Anliegen in die Bürgerschaft zu tragen vermöchten.

besel

Beschluß der 2. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN Hamburg, 31.10./1.11.2014

Für Frieden und Demokratie im Nordirak und in Nordsyrien Solidarität mit Kobanê!

PKK-Verbot aufheben, Türkei unter Druck setzen, Flüchtlingen helfen – Nein zu einem Bundeswehreininsatz in Syrien/Nordirak

Deeskalation und die sofortige Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen in Nordsyrien/Rojava, im Nordirak und Kurdistan sind jetzt das Wichtigste. Unsere Solidarität gilt dem Widerstand in Kobanê, der Bevölkerung und den vielen Flüchtlingen, deren Leben durch die Angriffe der djihadistischen IS-Milizen gefährdet wird.

Die brutalen Angriffe des „Islamischen Staates“ auf die kurdische Bevölkerung und die demokratische Selbstverwaltung in Rojava/Nordsyrien spitzt sich insbesondere in Kobanê zu. Die durch geostrategische Interessen geleitete militärische Interventions- und Besatzungspolitik des Westens hat wesentlich zu der jetzigen Katastrophe geführt. Eine Fortsetzung dieser Politik wird den IS stärken. Das ist die Erfahrung aus dreizehn Jahren des so genannten Krieges gegen den Terror.

Der berechtigte Widerstand der Menschen in Rojava gegen die menschenfeindliche Organisation IS wird auch durch die Politik der Regierung Erdogan massiv behindert. Sie hat lange Zeit die Grenzen für Flüchtlinge und die Unterstützung der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer geschlossen. Sie bekämpft im eigenen Land die Solidaritätsbewegung mit den Kurden und weiteren Bevölkerungsgruppen in Rojava/Nordsyrien und im Nordirak. Zudem verhindert sie nicht den Nachschub für den IS und unterstützt mit Angriffen auf PKK-Stellungen den IS.

Der IS kann u.a. durch die finanzielle und militärische Unterstützung regionaler Mächte wie Saudi-Arabien, Katar und der Vereinigten Arabischen Emirate diesen Krieg führen. Jeglicher Nachschub, jegliche Unterstützung muss beendet werden – damit der Krieg aufhört. Das gilt auch für den Handel mit dem IS.

Die Bombardierungen der Anti IS Koalition führen bereits jetzt zu Toten unter der Zivilbevölkerung in vielen syrischen Städten. Der IS gewinnt bereits jetzt mit jeder Bombardierung neue Krieger. Nicht zuletzt das Scheitern des Westens in Afghanistan zeigt, dass der IS durch westliche Militärintervention ebenso wenig zu stoppen ist wie die Taliban am Hindukusch.

Die Eskalation und Brutalität des Konfliktes machen es erforderlich, dass die Partei klar friedenspolitisch Stellung bezieht und solidarisch eingreift. DIE LINKE muss gemeinsam mit weiteren Akteuren Druck auf die Bundesregierung und die Regierungen der USA sowie der EU aufbauen, dass diese sofort ihre hauptsächlich an wirtschaftlichen und

strategischen Interessen orientierte Politik in Syrien, im Irak und der Türkei beenden und stattdessen z.B. die demokratische Selbstorganisation der Menschen in Rojava anerkennen und somit für Frieden wirken. Nur eine selbstbestimmte demokratische Organisation der Bevölkerungen im Mittleren Osten kann langfristig Stabilität und Frieden bewirken.

Der Schaden, den die westlichen Staaten durch ihre Interventionen in den letzten Jahrzehnten angerichtet haben, muss beendet und wiedergutmacht werden. Die Menschen in der Region brauchen eine unumkehrbare humane Perspektive.

Daher fordert die LINKE Hamburg:

- dass die westlichen Staaten sich jeglicher militärischer Einmischung in der Region bedingungslos enthalten und keine Waffen oder Soldaten in die Region schicken – ob mit oder ohne UN-Mandat,
- dass die Bundesregierung Druck ausübt damit Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar ihre finanzielle, militärische oder auch nur indirekte Unterstützung des IS sofort einstellen,
- dass die Türkei ihre Grenzen für humanitäre sowie solidarische Zwecke für Rojava sofort öffnet und menschenwürdige Bedingungen für die geflüchteten Menschen sicherstellt.
- die Errichtung eines Korridors, damit Hilfsgüter und kurdische Kämpferinnen und Kämpfer nach Kobanê gelangen können.
- dass die Patriot-Raketen der Bundeswehr abgezogen werden.
- die massive Ausweitung der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Nordirak. Das Embargo der Türkei und der kurdischen Regionalregierung im Nordirak gegen Rojava muss sofort beendet werden.
- Die PKK muss von der EU-Terrorliste gestrichen werden. Das PKK-Verbot in Deutschland muss endlich aufgehoben werden. DIE LINKE wird parlamentarisch und außerparlamentarisch geeignete Schritte einleiten.
- humanitäre Unterstützung (Medizin, Nahrung etc.),
- Unterstützung und Zusammenarbeit zur Entwicklung von wirtschaftlichen, sozialen, Gesundheits- und Bildungsstrukturen, damit sich die Bevölkerung eine menschenwürdige Entwicklungsperspektive erarbeiten kann.

Wir wenden uns gegen rassistische, polizeistaatliche und autoritäre Maßnahmen des Senats oder der Bundesregierung.

Für Hamburg fordern wir:

1. dass über den Hamburger Hafen keine Rüstungsgüter verschifft werden – im Hafen muss eine Zivilklausel das Verbot von Waffen und nuklearem Material sicherstellen,
2. Aufnahme und Bleiberecht für Flüchtlinge unter menschenwürdigen Bedingungen ohne Einschränkung,
3. gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen durch Umverteilung von oben nach unten, durch Förderung demokratischer Kultur, emanzipatorischer Bildung, eines solidarischen Gemeinwesens und sinnvolle Arbeit.

Unsere Solidarität gehört der kurdischen Bewegung, die für ihre Rechte kämpft und sich gegen den reaktionären IS verteidigt. Der Krieg des IS gegen die Kurdinnen und Kurden muss so schnell wie möglich beendet werden, damit der Aufbau einer demokratischen, emanzipatorischen und säkularen Selbstverwaltungsstruktur fortgesetzt werden kann.

Die LINKE ruft auf, sich an den Solidaritätsaktionen mit Kobanê zu beteiligen, und begrüßt die europaweiten Demonstrationen am 1. November 2014.

II. Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, Aktivitäten wie öffentliche Informations- und Aufklärungsveranstaltungen im Sinne der gefassten Erklärung anzugehen.



Solidaritätswache für Kobanê an der Mönckebergstraße am 16.10.14 (Foto: Maureen Schwalke)

Freiheit und Frieden für Kobanê!

Frauensolidarität für Kobanê in Hamburg am: 16.10.2014.

Ich war am Donnerstag, den 16.10.2014 nachmittags bis spät abends zur Demo am Ida-Ehre-Platz, in „Solidarität für die Frauen aus Kobanê“, leider eine der ganz wenigen deutschen Frauen dort.

Einige Tage danach verabschiedete unser Frauenplenum einen langen Text, der die Solidarität mit den Frauen in Kobanê signalisierte.

Die Demo in der Mönckebergstraße war relativ gut besucht inmitten der Geschäftszeit.

Und in Gesprächen, die ich mit vielen anderen Menschen und Einwohnern Hamburgs führte (unsere LINKE-Fahne trug ich auf dem Rücken dabei),

erfuhr ich von den Menschen sehr viel Verständnis für die Menschen aus Kobanê und spürte insgesamt eine große Solidarität.

Selbst viele ältere Menschen waren der Meinung dass man den Menschen in Kobanê helfen muss.

Ich habe die ganze Demo über keine negativen Meinungsbilder vernommen, rechte Gruppen waren nicht anwesend.

Die Veranstalter der Demo waren sehr erfreut über die Unterstützung durch uns, DIE LINKE.

Maureen Schwalke

Beschlossene Resolution an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 16.11.2014

Hände weg vom Streikrecht! Solidarität mit den Streikenden bei der Deutschen Bahn AG

Die Partei DIE LINKE. Hamburg erklärt sich solidarisch mit den für ihre Rechte kämpfenden LokführerInnen und anderen EisenbahnerInnen. Es ist das legitime Recht, für die eigenen Forderungen einen Streik zu organisieren. Das gilt erst recht, wenn ein Unternehmen einer Gewerkschaft grundsätzlich das Recht verwehren will, für bestimmte Beschäftigtengruppen aufzutreten und zu verhandeln.

Wir verurteilen auf das Schärfste die diffamierenden Angriffe auf den Vorsitzenden der GDL durch verschiedene Printmedien, die hart an der Grenze zur Volksverhetzung lagen.

Wir verurteilen aber auch das Vorhaben der Bundesregierung, durch ihr Tarifeinheitsgesetz auch noch ÖL in das Feuer des Arbeitskonflikts zu gießen. Dieses Gesetzgebungsvorhaben beseitigt für sogenannte Minderheitsgewerkschaften erstmals das eigenständige Streik- und Verhandlungsrecht. Es ist direkt gegen die GdL und ihre Existenz gerichtet, kann sich aber künftig auch gegen jede andere Gewerkschaft richten. Es schafft erstmals

zwei Klassen von Gewerkschaften und schwächt damit insgesamt die gewerkschaftliche Gegenmacht. Das Vorhaben der Bundesregierung ist verfassungswidrig.

Das Ziel einer Tarifeinheit ist ausschließlich Sache der jeweiligen Gewerkschaften.

Auf gar keinen Fall kann und darf ein solches Ziel mit Hilfe eines Gesetzes und unter Vernichtung einer gewerkschaftlichen Organisation angestrebt werden. Im Übrigen stellen wir fest: Es waren und sind die Unternehmer, die im Verein mit der Bundesregierung selbst die Tarifeinheit in den Betrieben durch um sich greifende Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, PraktikantInnen und Scheinwerksverträgen zerstört haben und weiter zerstören.

Es gilt dieser Erosion des Normalarbeitsverhältnisses die Solidarität aller Beschäftigten entgegenzustellen. Hände weg vom Streikrecht!

Der Kampf gegen die „Freihandelsabkommen“ bleibt aktuell!



Demonstration gegen TTIP, CETA und TISA am 11.10.14 (Foto: Reinhardt Schwandt, ver.di)

Im Wahlprogramm hat sich DIE LINKE. Hamburg klar positioniert, jetzt muss die Aufklärung überall weiter gehen. Die nächste der Redaktion bekannte Veranstaltung unserer Partei zum Thema mit Fabio de Masi findet am 21.11. im „Feuervogel“ (Baerer Straße 36) in Harburg statt. Aus dem Einladungstext:

„Fabio De Masi wird über die Aktionen der Europäischen Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA berichten. Über bekannt gewordene Fakten der geheimen Verhandlungen, die hinter geschlossenen Türen mit Lobbyisten der globalisierten Unternehmen und wenigen Politiker_innen stattfinden. Anschließend wollen wir darüber diskutieren, was wir vor Ort dazu beitragen können, diese „Verträge“ zu verhindern und damit die Demokratien in den Euroländern zu erhalten.“

Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik

Wir sind – wie Millionen Menschen in unserem Land und weltweit – tief besorgt. Kriege breiten sich weltweit in einer immensen Geschwindigkeit aus, sie kehren mit dem Krieg in der Ukraine nach Europa zurück.

Hunderttausende Tote und Verwundete, Millionen Flüchtlinge, noch mehr Hunger und Armut sind die dramatischen Folgen von Kriegen, die primär für wirtschaftliche und geostrategische Interessen geführt werden – in Europa, im Nahen/Mittleren Osten, Afghanistan und in anderen Ländern. Die NATO und besonders die USA führen weltweit völkerrechtswidrige Kriege und geben 72% der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Die Bundesregierung ist ein aktiver Bestandteil dieser militaristischen Politik.

Politische Führungskräfte überall auf der Welt sagen uns, noch mehr (High-Tech-) Waffen, Drohnen und eine Automatisierung der Kriegsführung sowie mehr Soldaten seien sinnvoll; noch mehr Rüstung, Waffenexporte und die Ausweitung des Krieges wären notwendig, um Frieden zu schaffen. Wir aber wissen, mit mehr Krieg und noch effizienteren Waffen wird es keinen Frieden geben. Die „Logik des Krieges“ muss weltweit durch die Logik des Friedens abgelöst werden – und wir müssen jetzt hier bei uns damit anfangen.

Wir kritisieren die häufig tendenziöse Berichterstattung in den Medien, die zur Produktion von Feindbildern beiträgt.

Der Weg der Konfrontation und der Gewalt, des Hasses und der Vernichtung muss überwunden werden – gerade als Lehre aus zwei Weltkriegen und Faschismus.

Wir wollen Frieden und Überwindung von Gewalt überall auf der Welt und durch eine umfassende Abrüstung eine Welt ohne Waffen schaffen. Konflikte müssen zivil gelöst werden. Dialog, Verhandlung und das Menschenrecht auf Frieden sind unsere Werte. Die Politik der Gemeinsamen Sicherheit muss das Denken und Handeln bestimmen.

Wir brauchen die 1,35 Billionen Euro, die jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, für die Überwindung von Hunger und Armut, für Ökologie und Bildung. Die globalen Herausforderungen, die uns und unseren Planeten Erde bedrohen, sind ohne Abrüstung, ohne Frieden nicht zu bewältigen.

Wir wollen:

- Kooperation statt Konfrontation! Wir treten ein für eine Politik der Gemeinsamen Si-

cherheit, die auch Russland mit einbeziehen muss.

- Für eine Zukunft ohne NATO! Ja zur OSZE und zu einer reformierten, demokratisierten UNO.
- Abrüstung für nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd! Stopp von Rüstungsproduktion, Waffenhandel und Rüstungsexporten. Entwicklung von Konversionsprogrammen und aktive Waffenvernichtungen.
- Keine militärischen Interventionen! Stattdessen humanitäre Hilfe und offene Grenzen für die Flüchtlinge.
- Eine Welt ohne Atomwaffen, das bedeutet für Deutschland: sofortiger Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.
- Eine Welt frei von Militärbasen und internationalen Kriegs-Einsatzzentralen, das bedeutet für Deutschland: Schließung der US Kommandozentralen Ramstein, Africom und Eucom sowie des Luft und Raumfahrtführungszentrums in Kalkar.
- Keine Drohnen und keine Automatisierung des Krieges!
- Friedliche Konfliktlösungen durch Dialoge und Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien! Beendigung aller Kriegshandlungen, u.a. durch sofortige Waffenstillstände!

Eine friedliche Welt ist möglich und nur eine gerechte Welt kann eine friedliche sein.

Wir wissen: Wir werden unser Ziel, Frieden schaffen ohne Waffen, die Träume von Martin Luther King, Berta von Suttner, Mahatma Gandhi und Rosa Luxemburg nicht heute und sofort erreichen. Wir werden es nur erreichen, wenn wir uns und viele andere sich engagieren und wir gemeinsam den Frieden in unsere Hände nehmen.

Den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität gilt unser aktives Handeln. Rassismus und Faschismus lehnen wir entschieden ab.

Frieden braucht Mut, Engagement und Solidarität.

Dafür setzen wir uns – regional, national und international vernetzt – im Friedenswinter 2014/2015 ein und fordern alle zum Mitmachen auf.

Dieser Aufruf lag dem Landesparteitag am 16.11. vor, der Beschluss dazu wurde allerdings an den Landesvorstand verwiesen wegen verschiedener Klärungsbedarfe. Das soll uns nicht hindern, uns an den Aktionen z.B. am 13.12. zu beteiligen!

Solidarität gegen rechts, ganz praktisch:



Wir haben aus Solidarität die GlinderInnen, im Kampf gegen den Laden, der bekannte Nazikleidungsmarken verkauft, unterstützt.

Wieder regelmäßige Treffen

Liebe GenossInnen und MitstreiterInnen, die Linke in Billstedt trifft sich jetzt regelmäßig an jedem zweiten Donnerstag im Monat um 18:30 in der AWO-Merkenstraße.

Das ist der ehemalige „Thor Steinar“-Laden, der jetzt TÖNSBERG heißt (auf dem Foto im Hintergrund). Durch diesen Laden werden die GlinderInnen ständig mit dem dort einkaufenden rechtsextremen Publikum konfrontiert. Uwe Böhm hat dazu seine selbstkomponierten Lieder gesungen und auf seinem Akkordeon begleitet. Und der bekannte Schriftsteller Mike Neschki las seine Texte, Geschichten und Anekdoten aus Hamburg dazu.

Die Glinder Bürgerinitiative von der Mahnwache lud zu heißem Punsch und Brezeln ein, um gemeinsam ein weiteres Zeichen gegen den braunen Laden zu setzen.

Maureen Schwalke

Das nächste Treffen findet am 11.12. statt. Eine Woche vorher erfolgt jeweils eine Mail an den BO-Verteiler mit der Tagesordnung zu diesem Termin.

MsG

Wolfgang Strauß

Kein Abriss am Elisabethgehölz!

Für den Erhalt günstigen Wohnraums hier und anderswo!



Für den 11.10. hatte die Initiative „Rettet Elisa!“ zu einer Kundgebung eingeladen, die BO HaHoBo war dabei (Foto).

Zur Erinnerung Auszüge aus der Einladung: „Angesichts der allgemeinen und studentischen Wohnungsnot wollen wir das Augenmerk darauf legen, dass in Hamburg nach wie vor bezahlbarer Wohnraum vernichtet wird. In unserem Fall – wie in so vielen - komplett unnötig.

Unser Haus ist nachweislich sanierbar. Ein Ersatzneubau mit 21 weniger Wohnungen als der Altbau ist wohnungspolitisch nicht sinnvoll, ebenso wenig energiepolitisch. Und sozialpolitisch schon gar nicht, weil jetzt und in Zukunft gerade kleine Wohnungen wie in "Elisa" benötigt werden.

Diese Erkenntnis scheint nun auch langsam die SPD zu erreichen. Gerade erst anlässlich der Wohnprojekte Tagen hat Herr Kienscherf (SPD-Bürgerschaftsabgeordneter aus Borgfelde) am 26.9.14 sinngemäß geäußert, dass in Zukunft es dringlich notwendig wäre kleine Wohnungen zu bauen. Das diese mit einem guten Zuschnitt für einen sparsamen Umgang mit Wohnungsbauflächen entwickelt werden sollten. Denn in den letzten Jahren sei die Wohnungsgröße immer gestiegen und damit auch der Flächenverbrauch und dies könne sich Hamburg nicht mehr leisten.

Wir meinen, man sollte die SPD, also Herrn Kienscherf, in dieser Meinung unbedingt unterstützen, selbstredend mit der Ergänzung, dass es generell Unsinn ist, Wohnhäuser abzureißen, die saniert und vernünftig bewirtschaftet werden können.

Dies war bei uns immer der Fall, es gab nie Leerstand in „Elisa“. Lediglich unsere Genossenschaft behauptet, die derzeitigen Wohnungen werden nicht mehr nachgefragt.

Aktuelle Info: Aufgrund der u.E. verfrühten Fernwärme-Baumaßnahme, bei der die Einfriedungsmauer "Elisas" gerade zerstört werden, ist der Denkmalrat aktiviert worden und hat sich offiziell für den Erhalt des Hauses ausgesprochen. (Wurde von der Behörde ignoriert, red) Es ist etwas in Bewegung gekommen. Wie weit es reicht, ist noch offen. Deswegen ist ein Nachlegen angebracht.

Stadtteilbeirat St. Georg uneingeschränkt weiterführen!

Das Ende der erfolgreichen Arbeit des Stadtteilbeirats St. Georg droht immer noch! Am **Mittwoch, den 26.11. beginnt um 18:30 Uhr in der Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule** die letzte Sitzung des „alten“ Beirats.

Auch wenn der Senat im neuen Doppelhaushalt den Feuerwehrfonds zur Bekämpfung von Schwelbränden in den Bezirken („sog. „Quartiersfonds“) für ganz Hamburg von 1,5 auf 2 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt hat, sind wir von einer Lösung für die auslaufende Finanzierung des Beirats in St. Georg (und anderswo!) noch weit entfernt.

Der Quartiersfonds wurde von der SPD vor zwei Jahren erfunden, um die Auswirkungen der Kürzungspolitik in den Bezirken dort zu dämpfen, wo ernsthafter Ärger mit den betroffenen BürgerInnen droht: So wurde im Jahr 2014 das wegen unterlassener Instandhaltung durch den Eigentümer Hamburg defekte Dach des Bürgerhauses Wilhelmsburg mit Geld aus diesem „Topf“ repariert. Ebenso erhielten einige Initiativen und Institutionen, die sonst womöglich hätten aufgeben müssen, einmalige Zuschüsse aus dem Fonds. Diese Bedarfe werden im Zeichen der fortgeltenden „Schuldenbremse“ in 2015/16 eher größer werden, so dass die Erhöhung der Mittel allein dadurch bereits nahezu aufgezehrt werden wird. Und: Das Gerangel um die geringen Mittel wird erheblich sein, und man muss annehmen, dass eben das dem Senat sehr recht ist: Das alte Prinzip des „Teile und herrsche!“

Beteiligungsforum am 14.11. in der HAW

Nach Wilhelmsburg im Mai war diesmal St. Georg Treffpunkt für ca. 120 Aktive aus Initiativen und Beiräten. Nach einer kurzen Einführung wurde in 10 Workshops über Beteiligung und Selbstermächtigung diskutiert, also über zentrale Themen der LINKEN. Es waren auch einige GenossInnen dabei.

Ein wichtiges Thema der Abschlussdiskussion war die Struktur und Organisation von Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen. „Jedes Quartier muss seinen eigenen Weg gehen können. In St. Pauli kann das die Planbude sein oder in St. Georg der Stadtteilbeirat“, sagt Michael Joho vom Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte. Neben Debatten über die Möglichkeiten der Finanzierung der verschiedenen Beteiligungskonzepte, wurde besonders der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung der BürgerInnen untereinander deutlich. „Wir müssen das Wissen, das wir bereits haben, stärker zusammenbringen“, sagt Michael Rotschuh von Zukunft Elbinsel. Im Frühjahr soll es daher ein weiteres Forum

Und nun hat der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung ohne unsere Stimmen beschlossen, dass aus dem heiß umkämpften Quartiersfonds die Beiräte, deren Finanzierung aus anderen Quellen ausläuft, also z.B. der Beirat in St. Georg, eine „Grundfinanzierung“ von 6.000 Euro erhalten sollen, dazu 3 bis 5.000 Euro für einen Verfügungsfonds. Das bedeutet für St. Georg für 2015 insgesamt 10.000 Euro, gegenüber dem mehrfachen in den früheren Jahren. Was danach kommt, weiß niemand.

Für den Beirat, der unter verschiedenen Bezeichnungen seit 32 Jahren erfolgreich gearbeitet hat, ist das zum Sterben zu viel, zum Leben aber viel zu wenig. In St. Georg stoßen die Belange der Menschen und die des Immobilienkapitals massiv aufeinander, die Bandagen bei der Entmietung von Häusern werden immer härter. Da braucht es den Beirat und eine externe Moderation, um die Konflikte wenigstens benennen zu können. Und da braucht es nicht 5 oder sechs, sondern mindestens 10 Sitzungen im Jahr, um die Fülle der Probleme wenigstens ansprechen zu können.

Der Beirat hatte auf der Grundlage eines Arbeitsgruppenpapiers nahezu einstimmig für seine Fortführung gestimmt, inklusive Moderation und mit mindestens 10 Sitzungen im Jahr. Das wird nach dem Willen der Mehrheit der Bezirksversammlung nicht möglich sein!

Die LINKE. fordert weiter einen eigenen Haushaltsposten für die Beiratsarbeit sowie die Verankerung der Beiräte im Bezirksverwaltungsgesetz.

geben, bei dem die Weitergabe von Erfahrungen und Informationen mit Bezug auf Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen im Vordergrund steht.

Nach dem Motto „Wissen ist Macht“ sollen dabei verschiedene Strategien besprochen werden, um Informationen über Formen und Mittel der Bürgerbeteiligung weiterzugeben.

Während das Abschlussplenum über die Organisation von Beteiligung diskutierte, wurde in den Workshops besonders über konkrete Inhalte gesprochen. Für die Abschlusserklärung, die von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde, haben die TeilnehmerInnen die Ergebnisse jeweils in einem Satz zusammengefasst:

- Rechte der Bezirke stärken
Nur mit einer Veränderung von Artikel 4 der Hamburgischen Verfassung erreichen wir eine kommunale Selbstverwaltung für die Bezirke und verbindliche Bürgerentscheide. (*in der Par-*

tei höchst umstritten, wie sich auf dem Parteitag am 16.11. gezeigt hat!)

- **Stadtteilbeiräte**
Stadtteilbeiräte sind gerade in ihrer Unterschiedlichkeit zu stärkende Säulen der Stadtteildemokratie und bedürfen verlässlicher Finanzierung und institutioneller Absicherung – und zwar überall dort, wo es gewünscht wird!
- **Selbstermächtigung St. Pauli**
Wir müssen von Beteiligung zur Selbstermächtigung kommen. Selbstermächtigung muss so stark sein, dass die PolitikerInnen von selbst kommen.
- **PlanBude**
Wir brauchen frühzeitig mobile, leicht zugängliche, spielerische, kreative, in Stadtteilen verankerte, selbstorganisierte, öffentlich finanzierte Beteiligungskioske und Planungsbuden in den Quartieren und Projektgebieten und Wissensnetzwerk über die Stadtteile hinaus, um öffentliche Macht zu entwickeln.
- **Menschen unterschiedlicher Herkunft**
Eine neue Kultur der Beteiligung, der Teilhabe, des Engagements und des Zusammenlebens braucht: niedrigschwellige, nicht-kommerzielle Räume/Orte (barrierefrei); transparente Prozesse/Echte Entscheidungsspielräume; verständliche unbürokratische Herangehensweise; konkrete Ziele, gemeinsame Anliegen; BrückenbauerInnen Initiativen, NGO, in Institutionen kontinuierlich finanziert; und Nachbarschaft und Vertrauen.
- **Kinder und Jugendliche**
Kinder, Jugendliche, 0- bis 30jährige, Jungen und Mädchen kleinräumig sichtbar und hörbar machen und alles, was von sich aus läuft, unterstützen!
- **Community Organizing**
Community Organizing kann eine Möglichkeit sein für langen Atem und konkrete Erfolge, Selbstorganisation gemeinsamer Interessen, Zusammenschließen gegen Ohnmacht, Politisierung und Entwicklung transformatorischer Haltung; erster Schritt: Räume schaffen Freiräume.
- **Wohnungsbau**
Verdichtung durch Wohnraum nicht auf Kosten von sozialen und natürlichen Milieus! Flächennutzung umdenken: Leerstand verhindern durch finanzielle Anreize. Solidarität mit „unauffälligen“ Stadtteilen im Kampf um das Recht auf Stadt.
- **Verkehrsprojekte**
Wir schlagen vor, dass sich die Verkehrsinitiativen vernetzen mit dem Ziel, Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung zu entwickeln und ein hamburgweites Tribunal „Elend der Verkehrspolitik in Hamburg“ zu organisieren.
- **Energiewende**
Klimaschutz ist Lebensqualität durch Entscheidungskompetenz der Bürger_innen in selbstorganisierten Energieprojekten und Gartenprojekten als stadtnahe Selbstversorgung und Wissenserhalt.

„Welcome to Hamburg“ – DIE LINKE feiert das Eine-Welt-Fest 2014

In Europa sind neue Grenzen entstanden. In der Peripherie der EU sterben täglich Menschen, die vor Hunger, Armut und Krieg flüchten. Die Mittelmeerinsel Lampedusa hat dadurch traurige Bekanntheit erreicht.

Gleichzeitig entsteht in den Gesellschaften Europas eine neue Form des Rassismus und Ausgrenzung. Sie tarnt sich neoliberal und sozialdarwinistisch und bewertet die Menschen nach Nützlichkeitsprinzipien. MigrantInnen und Flüchtlingen wird die Existenzberechtigung abgesprochen und vorgeworfen, das Sozialsystem auszunehmen.

Dabei beruht der Wohlstand der europäischen Gesellschaften auf der Ausbeutung insbesondere der afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Kontinente. Durch wirtschaftliche Benachteiligung, dem Unterdrücken fortschrittlicher demokratischer Kräfte und der militärischen Präsenz wird die Hegemonie westlicher Konzerne aufrechterhalten. Die Leidtragenden dieser Politik sehen oftmals keinen Ausweg, als die oft tödliche Reise in die EU anzutreten.

Hamburg präsentiert sich gerne als weltoffene Stadt. Doch gerade hier wird die Benachteiligung insbeson-

dere von MigrantInnen und Flüchtlingen deutlich. Jahrelange Unterbringung in Massenunterkünften oder gar in Zelten; Reisebeschränkungen und das Vorenthalten grundlegender Rechte sind an der Tagesordnung. Um dem Andrang von Flüchtlingen zu begegnen, werden in schlimmsten Fällen einfach Herkunftsstaaten pauschal als „sicher“ deklariert, um die betroffenen Flüchtlinge ohne Prüfung abzuschieben.

DIE LINKE fordert daher ein Umdenken in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Statt Ausgrenzung und Abschiebung brauchen diese Menschen eine menschenwürdige Unterbringung und Lebensperspektive. Der Ausgrenzung stellen wir eine Willkommenskultur entgegen, die vielerorts von Vereinen, Initiativen, Kirchen und anderen Akteuren bereits praktiziert wird.

In diesem Sinne feiert DIE LINKE das traditionsreiche EINE-WELT-FEST in diesem Jahr unter dem Motto „WELCOME TO HAMBURG“. Sei auch Du dabei und feiere mit uns die längste Nacht des Jahres!

Samstag, 20.12.2014, 18 Uhr

Heinrich-Wolgast-Schule, Greifswalder Straße 40 (St. Georg, Nähe Hauptbahnhof) **Eintritt frei!**

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 19.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 20.11., 17:30 Uhr

Sitzung der
Bezirksversammlung (öffentlich)
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. OG

Samstag, 22.11., 11-16 Uhr

Wahlkampfworkshop des Landesverbands
u.a. Plakatvorstellung
Kaffeewelt, Böckmannstraße 3

Sonntag, 23.11.

Sitzung des Landesvorstands
(Einladung folgt über Aktivenverteiler)

Dienstag, 25.11., 18 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstands
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 26.11., 18:30 Uhr

(Letzte?!) Sitzung des **Stadtteilbeirats St. Georg**
nach 32 Jahren Aktivität (s. S. 10)
Pausenhalle der Wolgast-Schule,
Carl-von Ossietzky-Platz/Lange Reihe

Donnerstag, 27.11., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s.S. 3)
Buceriusstraße 2

Dezember 2014

Montag, 01.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 09.12. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 09.12., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 11.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Samstag, 13. 12. 13:00 Uhr

Friedenslogik statt Kriegsrhetorik
Gemeinsam für den Frieden! (s. auch S. 8)
Demonstration ab Kriegsklotz Dammtorwall

Montag, 15.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.12, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 17.12., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 18.12., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung mit Dora Heyenn
Thema Stadteilkultur

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Evert Kalefeld, Schatzmeister		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, **IBAN** DE 23 2001 0020 0852 5392 06, **BIC** PBNKDEFF